e Patientenversorgung be-
ehen.
Es kann also nach wie vor
ur nachdrücklich davor ge-
arnt werden, dort eine der
verschiedenen Zeitungen
ach wie vor angebotenen
ellen anzutreten!
Und noch ein Hinweis in
esem Zusammenhang: Die
eitung der Oberbergklini-
en (Klinische Betriebsge-
ellschaft Oberberg GmbH)
it drei Standorten in Ber-
n-Brandenburg/Wendisch
ietz, Weserbergland/Exter-
l und Schwarzwald/Horn-
erg bat uns wegen aufge-
etener Irritationen darauf
ufmerksam zu machen,
ass sie selbstverständlich
ichts mit besagter Schloss-
erg-Klinik in Staufen zu
n hat.

Transferzahlungen im Wesentlichen demografische Angaben wie Alter und Geschlecht der Versicherten maßgeblich sind. Für Krankenkassen ist es bisher lohnenswerter, sich auf gesunde

Bundesgesundheitsministerin Schmidt hat Prinzipien für eine Weiterentwicklung der GKV vor dem Deutschen Bundestag formuliert:

Die Qualität der Leistungen

an Stelle der Budgets müssen neue, positiv steuernde Instrumente treten, insbesondere bei der „Kollektivhaftung" des Arzneimittelbudgets.

Über die künftige Ausgestal-

neue Bundesgesundheitsministerin offensichtlich bisher keine Veranlassung sieht, im Zeitplan zur Einführung der DRGs Korrekturen vorzunehmen, trotz gravierendster Probleme.

Medizinische Versorgung von Kindern

Berlin (mb). Fast zeitgleich haben die Koalitionsfraktionen im Bundestag einen Antrag zur Arzneimitteltherapie bei Kindern und Jugendlichen sowie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag zur medizinischen Versorgung von Kindern gestellt.

Beide Anträge beziehen sich auf Expertenangaben, nach denen rund 80 Prozent der bei Kindern zur Behandlung eingesetzten Arzneimittel außerhalb des Zulassungsbereiches verwendet werden, obwohl die Wirkungen dieser nur bei Erwachsenen zugelassenen Arzneimittel bei Kindern nicht oder nur unzureichend bekannt seien.

Hintergrund ist einmal die Initiative für ein staatliches Forschungs- und Förderprogramm sowie eine gewünschte Intervention seitens der Bundesregierung bei der Bundesärztekammer, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die pädiatrische und allgemeinmedizinische Weiterbildung gefördert werden.

Renesse gegen aktive Sterbehilfe

Berlin (dpa). Die Vorsitzende der Ethik-Kommission des Bundestages, Margot von Renesse, hat sich gegen aktive Sterbehilfe in Deutschland ausgesprochen. Aktive Sterbehilfe sei Tötung auf Verlangen, sagte Renesse. Eine solche Regelung werde es mit ihrer Zustimmung nicht geben. Von Renesse setzt sich für eine stärkere Verbreitung von Patientenverfügungen ein.

Anlass war eine Äußerung von Regine Hildebrandt. Die an Brustkrebs erkrankte frühere brandenburgische Gesundheitsministerin hatte sich für eine aktive Sterbehilfe in Deutschland eingesetzt. Hildebrandt kämpft seit mehr als vier Jahren gegen die Krankheit.

Jagd auf kranke Genome

Hannover (lure). Die Kaufmännische Krankenkasse Hannover hat bekräftigt, als erste deutsche Krankenkasse einen Gentest zur Früherkennung einer Erbkrankheit durchziehen zu wollen. Ziel ist die Früherkennung der Hämochromatose. Die Behandlung ist hier möglich, die Teilnahme am Screening freiwillig.

Das Screening-Programm erfüllt zwar die vom Ethik-Beirat des BMG und von der European Society of Human Genetics benannten ethischen Voraussetzungen für entsprechende Tests, kann aber als erster Versuch einer Krankenkasse gewertet werden, ein flächendeckendes Gentest-Screening durchzuführen.

Geld soll den Aufgaben folgen

Gesundheitsämter stärken

Berlin (lure). „Die Gesundheitsämter müssen entsprechend ihrer wachsenden Bedeutung besser ausgestattet sein, um den Aufgabenzuwachs auch durch das neue Infektionsschutzgesetz besser bewältigen zu können", fordert Prof. Reinhard Kurth, Leiter des Robert-Koch-Instituts (RKI).

Die Änderung des Infektionsschutzgesetzes hat zum Aufgabenzuwachs der Gesundheitsämter vor allem im Bereich der Infektionsprävention geführt. Die Richtung: Weniger Routinetests, mehr Aufklärung.

„marburger bund – Ärztliche Nachrichten" stellten in der vorigen Ausgabe fest, dass zumindest in der dazugehörigen Pressekonferenz keine Rede von zusätzlichem Personal war. Motto war: Das können die Gesundheitsämter schon heute.

Das hat sich nun etwas geändert: Die öffentliche Gesundheitsvorsorge sei angesichts der Erfolge von Impfungen, Hygiene und Antibiotika in vielen Staaten zunehmend vernachlässigt worden, heißt es in einer Presssemitteilung des RKI. In Deutschland sei die öffentliche Gesundheitsvorsorge finanziell und personell zum Teil erheblich beschnitten worden, so das Robert-Koch-Institut. „Das muss sich ändern", meint Kurth.

Warnung vor ...

... ambitioniertem Menschenversuch: Die Zeit für die Einführung der DRGs in Deutschland ist zu knapp.

Seite 3

Chancen

Informationen für Mediziner in Hülle und Fülle bietet der 4. Via-medici-Kongress am 15. und 16. Juni 2001 in Mannheim.

Seite 3

Russisches Roulette

Die Beschäftigten sind die Dummen. Die Haken und Ösen der deutschen „DRG-Vorbereitung" finden Sie auf

Seite 5

Risiken

Wie arbeitet der Arzt mit der Industrie am Besten zusammen? Nicht nur Bayerische Antworten finden Sie auf

Seite 6

Privatisierung

Die Privatisierungswelle rollt weiter: Helios-Kliniken informieren in Seminaren kommunale und andere Träger.

Seite 12